

- 12 Vorstandsliste und Personenbeschreibungen im Leistungsbericht 1997 des DNR.
- 13 In einer Aufforderung zur erneuten Kandidatur bezeichnete BUND-Chef Weinzierl Prof. Engelhardt als den einzigen Umweltschützer in Deutschland, den die Bundesregierung im Kuratorium der DBU akzeptieren würde.
- 14 "natur" 6/83, S. 38.
- 15 Mail von Michael Ganschow, Grüne Liga Brandenburg, vom 1.10.96.
- 16 Oliver Geden, 1996, "Rechte Ökologie", Elefantpress, Berlin (S. 188).
- 17 Dabei geht es nach den Beobachtungen auf Mitgliederversammlungen nicht um unterschiedliche politische Positionen, denn diese sind zwischen den beiden Gruppen nicht wesentlich (radikale Umweltschutzkreise gibt es im DNR nicht). Vielmehr scheint das öffentliche Image und die Karriere im DNR angesichts der überalterten Spitze im Mittelpunkt des Interesses.
- 18 Müller plant damit wie andere DNR-Funktionäre eine Unterstützung für SPD und Grüne. Gleiches gilt für die Kampagne zur Ökologischen Steuerreform, die ebenfalls im Wahljahr aufgezogen wird. Teilweise gesponsort wird sie von Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der ebenfalls für die SPD auf der Bundestagsliste kandidiert. Und um das Boot vollzumachen, steht auch der Projektleiter der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" auf einem vorderen Listenplatz – bei den Grünen. Eine "zukunftsfähige" Seilschaft wird also in den Bundestag einziehen und versucht, ihre Themen in den Umweltverbänden zu verwirklichen.
- 19 Mündliche Mitteilungen aus Grüne-Liga-Landesverbänden.
- 20 Die Jugendvertretung war eher eine Kugelrunde einiger Leute aus etablierten Jugendumweltprojekten wie Verden und Göttingen mit wenigen VerbandsfunktionärInnen der BUND- und Naturschutzjugend. Eine Basisanbindung hatte sie auch nie angestrebt. Aus ihren Reihen stammt der Vorgänger von Joachim Schmidt, Armin Torbecke.
- 21 So ging es 1996 dem Ex-Jugendumwelt-Aktivist Armin Torbecke und dem BBU-Vorstandsmitglied Wolfgang Gühle, der schon vor dem Eintritt des BBU in den DNR, für den er sich maßgeblich eingesetzt hatte, seine Kandidatur für den Vorstand vorbereitete, allerdings scheiterte (siehe Beitrittsschreiben des BBU).
- 22 Im Protokoll der Mitgliederversammlung 1992 findet sich der Hinweis, daß der vorgelegte Haushaltsplan mit dem zuständigen Ressort im Ministerium abgestimmt sei.
- 23 Haushaltsabschlüsse für 1968-70 im Entwurf eines Strategiepapiers (siehe 108). Auswertung der Haushaltsentwürfe für 1990, 1991, 1992, 1995, 1996, 1997 und 1998 sowie Bericht von 1990, 1995 und 1996.
- 24 Martin Rocholl war nicht immer auf wirtschafts- und DNR-freundlichem Kurs. 1993 war einer der Organisatoren des AufTakt-Umweltfestivals, auf dem radikalere Positionen verwirklicht werden sollten (siehe Kap. 3.6).
- 25 Der BBU schickte im Sommer 1997 einen Brief an den DNR mit der Bitte, den strittigen Absatz neu zu diskutieren. DNR-Projektleiter Martin Rocholl lehnte das ab. Etliche DNR-Mitgliedsgruppen wurden im Frühjahr angeschrieben und auf die Folgen der Ausnahmeregelung hingewiesen. Keine Gruppe reagierte gegenüber dem DNR, d.h. sie trugen spätestens ab dem Zeitpunkt auch wissentlich die Formulierung mit. Einige Verbände gaben aber zu, das Papier selbst nie gelesen zu haben.
- 26 Die Journalisten waren leitende Redakteure von der Zeit, der taz und der FR. Taz-Redakteur Tenhagen und FR-Mann Wille sind bekannt als Anhänger von rot-grün.
- 27 Die Kritik an der Zusammensetzung und Vorgehensweise der Arbeitsgruppe wehrte Michael Müller barsch ab und nannte die Kritikpunkte "Unterstellung" und "investigativ" (Fax vom 5.2.1998).
- 28 Für die SPD: Michael Müller. Für die Grünen: Reinhard Loske.
- 29 Der zentrale Hauptausschuß liest sich wie ein "Who is Who" des Umweltschutzes. Hier treffen die SpitzenfunktionärInnen der Umweltverbände, Parteien und anderer Organisationen aufeinander.
- 30 Mündliche Mitteilungen von AGU-Mitwirkenden.
- 31 Vorschlag des AGU-Vorstandes zur Reform des Verbandes: "Eckpunkte zur Weiterentwicklung der AGU" (vom 29.8.1997) und Kritikpapier des BBU vom 15.9.1997, eingebracht über den DNR.
- 32 Dachverband bedeutet einen formalen Zusammenschluß von Gruppen und Verbänden mit Entscheidungsgremien. Der Gegensatz ist das Netzwerk, das nur solange und soweit existiert, wie Initiativen von unten kommen, weil keine übergeordneten Gremien, Geschäftsstellen usw. existieren.
- 33 Ausnahme ist immer Greenpeace, die nicht Mitglied im DNR sind, aber aufgrund der eigenen Möglichkeiten auch international agieren können.
- 34 Siehe Selbstdarstellung im Anhang aktueller Broschüren des Forum U&E.
- 35 Pressemitteilung (ohne Datum) und Programm des Forum U&E zum Symposium am 20.9.1997.
- 38 Siehe 141. Weder BUKO-Geschäftsstelle noch der BUKO-AK "Schwertfisch" reagierten auf die Nachfrage nach dem Sinn der Mitgliedschaft.
- 37 Mit Nicht-UmweltschützerInnen (Industrie, Staat usw.) bestehen dagegen meist intensive Beziehungen.
- 38 Beispiel: Gegen den Bau eines Golfplatzes in Winnerod (Kreis Gießen) wandte sich eine Bürgerinitiative. Die anerkannten Naturschutzverbände sprachen sich aber für den Bau aus (nach mündlicher Mitteilung des örtlichen Vorsitzenden sogar gegen den Widerstand der Verbandsgruppe vor Ort). Da die BI selbst nie beteiligt wurde, blieb die Zustimmung als einziges Votum von Naturschutzseite im Verfahren.
- 39 Das NZH bezeichnet sich selbst als Dachverband der Naturschutzverbände. Das ist eine glatte Lüge. Tatsächlich haben das Land und Kommunen zusammen mit Naturnutzerverbänden eine satte Mehrheit. Die wichtigsten Angestellten einschließlich des Geschäftsführer sind Beamte der Landesregierung. Die Naturschutzverbände kritisieren das nicht, weil auch ihre Förderungen vom Wohlwollen des NZH abhängig sind.

3.4 Netzwerke und Initiativen-Verbände

Einen Unterschied zu den bisher beschriebenen Organisationen mit mehr oder weniger großem Mitgliederstamm und (weisungsabhängigen, gleichnamigen) Untergliederungen bilden solche Verbände oder Zusammenschlüsse, die den einzelnen Gruppen ihre volle Eigenständigkeit sowie ihren eigenen Namen belassen und als Netzwerk agieren. Dabei können sie entweder selbst formale Strukturen haben (die Gruppen sind dann korporative Mitglieder oder auf ähnliche Art formal angebunden) oder ein loses Netzwerk sein, dessen einzigen meßbaren Elemente ein regelmäßiger Rundbrief, Treffen oder eine Adressenliste sind. Netzwerke mit formalen Strukturen gibt es bundesweit vor allem zwei:

- In Westdeutschland den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
- und in Ostdeutschland die Grüne Liga.

Zudem gibt es in einigen Ländern Zusammenschlüsse, am größten ist der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) in Niedersachsen.

Thematische Netzwerke haben sich dagegen sehr zahlreich gebildet und sind unterschiedlich groß und gut organisiert. Viele sind nicht selbst aktionsfähig, sondern schaffen eine rein informelle Struktur, um den Austausch von Informationen und Erfahrungen zu erleichtern, andere führen auch Kampagnen durch.¹ Da ihnen ein struktureller Überbau fehlt, muß für jede Aktivität eine gesonderte Aktionsstruktur geschaffen werden. Häufig werden einzelne Basisgruppen dann zu den Koordinationsspitzen einer bestimmten Aktion.

3.4.1 Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Der BBU ist kein durchorganisierter Verband. Auf Bundesebene weist er alle Strukturen eines Vereines auf, so z.B. einen Vorstand und eine Geschäftsstelle. Er hat aber keine Untergliederungen und nur Fördermitglieder als eigene Basis. Ansonsten sind Gruppen korporative Mitglieder. Sie behalten ihren Namen und sind organisatorisch völlig eigenständig. Der BBU kann weder Anweisungen erteilen noch im Namen der Gruppen sprechen. Jede Gruppe kann jederzeit austreten (was z.B. BUND- oder NABU-Gruppen nicht können!).²

Geschichte

Der BBU wurde 1972 gegründet. Getragen von den zu dieser Zeit sich vielerorts gründenden Bürgerinitiativen, Anti-AKW- und Friedensgruppen war der Bundesverband über viele Jahre der größte deutsche Umweltverband. Zudem war er in den 70er Jahren der einzige bundesweit agierende, politische Umweltverband. BUND und NABU gab es noch gar nicht bzw. sie fristeten ein selbstgewähltes Randdasein im klassischen Natur- bzw. reinen Vogelschutzbereich. Als Sammelbecken aber währte die Stärke des BBU nur einige Jahre, neben politischen Forderungen und zentralen Aktionen stand die Materialerstellung (Broschüren, Plakate, Buttons usw.) im Mittelpunkt. Spürbar wurden mit der Zeit aber die Gegensätze

der vielfältigen Mitgliedsgruppen. Aus dem BBU heraus spalteten sich viele thematische Verbände ab, z.B. Umkehr e.V., Das bessere Müllkonzept, Anti-AKW-Bündnisse oder Teile der Friedensbewegung. Zeitungsprojekte entstanden im BBU und liefen selbständig weiter. Vor allem aber bot der BBU die Basis für die Gründung von Grünen und des BUND. Beide schöpften große Teile der BBU-Mitglieder ab.

Der erste drastische Einbruch in der Arbeitsfähigkeit des BBU entstand in den Jahren 1982-84. Grund war vor allem der BBU-Vorstandssprecher Jo Leinen, SPD-Mitglied und späterer Umweltminister im Saarland. Er "regierte" den BBU sehr autoritär, z.T. auch zusammen mit anderen Parteileuten im Vorstand. Als die erste Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung stattfand, rief der BBU zum Boykott dieses Kongresses auf. Die Basis reagierte aber und erzwang den Rücktritt des BBU-Vorständlers Wüstenhagen (F.D.P.-Mann!). Auch Jo Leinen bezog Kritik nach einigen fragwürdigen Auftritten auf Anti-Atom-Veranstaltungen.

Im Original: Auszug aus dem Text "Die Anti-AKW-Bewegung" von Reimar Paul (S. 20/ 21) im Buch "Und auch nicht anderswo" (Verlag die Werkstatt, Göttingen)

... Von militanten Aktionen distanzierte sich der BBU stets in scharfer Form. ...

Vor allem in Person ihrer jeweiligen Vorstandssprecher entwickelte die Bonner BBU-Zentrale bald eine eigene Lobby- und Pressepolitik. Die Verbandsspitze begab sich ob soviel "Eigenmächtigkeit" und vor allem wegen ihrer "versöhnlicherischen" Politik oft in Widerspruch zu den linken Initiativen in den Städten. Besondere Kritik machte sich an den Vorsitzenden fest: Der erste BBU-Vorstandssprecher Wüstenhagen gehörte der FDP, seine Nachfolger Schumacher, Vogt und Leinen der SPD an (wobei die beiden erstgenannten später wieder austraten). Zum roten Tuch für weite Teile der Anti-Atom-Bewegung wurden insbesondere Helmut Wüstenhagen und Josef ("Container-Jo") Leinen. Im Februar 1977, vor den parallelen Demonstrationen in Brokdorf und Itzehoe, trafen sich Wüstenhagen und der damalige schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg zu vertraulichen De-Eskalationsgesprächen. Dabei diffamierte der BBU-Chef die Brokdorf-Fahrer als "anarchistische Gewalttäter" und "Chaoten" und gab die linken AKW-Gegner damit praktisch zum staatlichen Abschub frei.

Als Gegensatz Auszüge aus einem Faltblatt aus der Gründungszeit (ohne Datum)

... wird sich aus tausend Einzelinitiativen allmählich ein dichtes Netz von Basisgruppen bilden, die unsere Gesellschaft tiefgreifend umgestalten können. ... Was ist unser Weg? ... Überwindung bestehender Gewaltverhältnisse durch Nichtzusammenarbeit (Streik, Boykott usw.), bürgerlichen Ungehorsam (Übertretung ungerechter Gesetze) und gewaltfreie Konfrontationen (Platzbesetzung, Straßenblockade, sit in, go in usw.).³

Zu einer weiteren Eskalation kam es, als Jo Leinen eine Mitgliederversammlung zeitlich parallel zum damals noch als BBU-Veranstaltung laufenden Verkehrsinitiativenkongreß ansetzte. Er hoffte so, eher eine Mehrheit zu bekommen, wenn Mitgliedsgruppen wegbleiben, Einzelmitglieder aber kommen würden. Die Verkehrsinitiativen ließen sich das aber nicht bieten. Jo Leinen mußte gehen.⁴

Die Nachfolge traten Vorstände an, die versuchten, kollegialer zu arbeiten. Schließlich wurden die SprecherInnenposten sogar abgeschafft. Zu prägenden Personen wurden für viele Jahre Christa Reetz und Helmut Wilhelm, die beide (Christa Reetz ganz zu Beginn, Helmut Wilhelm 1994) MandatsträgerInnen bei den Grünen wurden. Der Vorstand um Jo Leinen hinterließ nicht nur einen durch

Protestaustritte verkleinerten, sondern auch hochverschuldeten Verband. Davon erholte sich der BBU bis heute nicht. Er setzte kaum noch Akzente und versank Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre in der politischen Bedeutungslosigkeit.⁵

Einen neuen Streit entfachten 1995 einige Vorstandspersonen mit ihrem Wunsch, dem Deutschen Naturschutzring beizutreten. Proteste kamen vor allem von Basisgruppen, die sich aber im BBU kaum noch artikulierten. Der Vorstand stellte auf den Mitgliederversammlungen bis zur Hälfte der Stimmen. Als Konsequenz aus dem DNR-Beitritt trat Christa Reetz 1996 von ihrem Amt im Geschäftsführenden Vorstand zurück.⁶

Völlig verloren hat der BBU seine ursprüngliche gesellschaftspolitische Ausrichtung, d.h. die Verknüpfung von Umweltfragen mit Friedenspolitik oder die Auseinandersetzung mit Machtstrukturen im Staat. Den VorständlerInnen fehlt auch der gesellschaftspolitische Blick. Wie wenig Wissen noch vorliegt, zeigte ein Interview des energiepolitischen Sprechers in der rechtsgerichteten Zeitung "Junge Freiheit". Nach Kritik stellte sich heraus: Im BBU kennt niemand solche Blätter.⁷

Mangelverwaltung

Die letzten Jahre des BBU bedeuteten im wesentlichen Mangelverwaltung. Umschuldungen, die Auflösung der eigenen Verlags GmbH, der immer wieder schwierige Versuch, überhaupt noch eine funktionsfähige Geschäftsstelle zu erhalten und viele andere Aufgaben füllten die Vorstandsmitglieder fast gänzlich aus. Aktive Arbeitskreise gab es kaum noch, da viele der früheren zu eigenständigen Netzwerken oder Vereinen wurden. Mitgliederversammlungen wurden noch von 10-20 Mitgliedern besucht. Um Vorstandsämter gab es kaum Kampfabstimmungen, man war froh, überhaupt Leute zu finden.

Seit Jahren schleppt der BBU Altschulden mit sich herum. Ein Abzahlen ist kaum möglich, da die Einnahmen zu gering sind und zudem meist unter den Ausgaben liegen. Aktive BBULerInnen zahlen ihre Fahrt- und sonstigen Kosten selbst, Angestellte verzichten auf Teile ihres Lohns. Der Finanzbericht 1995 weist Einnahmen von 141.000 DM auf, die Ausgaben lagen um 10.000 DM höher.⁸ Die Geschäftsstelle verfügt nur über eine eigene Halbtagsstelle, zusätzlich sind ständig wechselnde Personen auf Arbeit-statt-Sozialhilfe-Stellen der Stadt Bonn anwesend.

Im Original: Auszüge aus dem Papier mit Hintergrundinformationen, zusammengestellt vom WDR zu dessen Sendung über 25 Jahre BBU und 20 Jahre Öko-Institut

Der BBU wurde 1972 von Bürgerinitiativen der Umweltbewegung gegründet. Sein Vorstand interpretierte den BBU stets – im Gegensatz zu vielen Mitgliedsinitiativen – weniger als kritische Alternative zum Parteienstaat, denn als konventionellen Fachverband zur Umweltpolitik, der in der Zusammenarbeit mit dem Parteienstaat versucht, politische Lobbyarbeit zu betreiben ...

Der BBU war in Teilen der Anti-AKW-Bewegung umstritten, weil er sich öffentlich von dem Teil des Widerstandes distanzierte, der zu Massendemonstrationen und zivilem Ungehorsam direkt an den Bauplätzen der Atomanlagen aufrief. ...

Sind Bewegungsinstitutionen wie der BBU heute nur noch ein Korrektiv – reparieren sie den politischen Apparat, wo er schlecht läuft, und sichern so seine Fortexistenz? ...

Am Beispiel der Proteste gegen die Castor-Transporte: Hat sich der BBU überlebt?

Netzwerkorganisation wird nicht als Stärke begriffen

Der BBU unterscheidet sich in seiner Struktur wesentlich von den anderen Umweltverbänden. Er hat keine Untergliederungen, d.h. die Basis ist autonom. Diese Besonderheit hat der BBU-Vorstand nie als Chance, sondern immer als Belastung empfunden. Die meisten agierten wie Verbandsvorsitzende: Sie fällten Beschlüsse und hoffen, daß sie ausgeführt wurden. Basisdemokratie, Kampagnenarbeit und vieles mehr waren ebenso unbekannt wie das Verständnis des BBU als bundesweite Speerspitze einer Widerstandsbewegung.⁹ Vielmehr versuchten auch die BBUlerInnen ständig, wie ein großer Verband aufzutreten und politische Lobbyarbeit zu machen. Das wurde der Basis nie gerecht. Diese ging auf immer mehr Abstand zur Zentrale und suchte neue Aktionsbündnisse. Das Gen-ethische Netzwerk oder die Anti-Atom-Bewegung mit ihren Konferenzen und Aktionen zeigen heute, wie der BBU hätte agieren können. Selbst heute könnte er darin noch seine Chance sehen, obwohl er unwiderruflich geschwächt worden ist und nur noch einen kleinen Teil der Umweltbewegung erreicht. Doch selbst dort stehen sich die Vorstandsmitglieder mit ihrem verbandsorientierten Lobbyarbeitsdenken selbst im Weg.

Politiklängel im Vorstand

Der BBU-Vorstand war, wie bei anderen Verbänden auch, immer ein Ort, in dem sich Leute mit Parteibüchern besonders wohl gefühlt haben. Sie kamen von SPD und Grünen, in der Anfangszeit auch aus der F.D.P. Wieweit das eine Rolle dabei spielte, daß der BBU nie zur Speerspitze der radikalen Umweltbewegung wurde, sondern eher ein Lobbyverband war, ist schwer zu sagen. In jedem Fall ist durchgehend erkennbar, daß viele Spitzenleute des BBU auch ihre Parteikarriere im Auge hatten und daher darauf achteten, daß der BBU die politische Struktur (Parlamentarismus) nicht grundsätzlich in Frage stellte oder die nahestehenden Parteien kritisierte. Im BBU-Vorstand herrscht auch zur Zeit mehrheitlich eine positive Grundeinstellung zu den Grünen und Teilen der SPD.¹⁰ Grundlegende Kritik wird nur von Einzelnen vorgebracht, die sich damit nicht durchsetzen können.

Handlungsfähig ist der BBU auch deshalb nicht, weil weniger als die Hälfte der Vorstandsmitglieder mehr macht als die Wahrnehmung ihres Sitzes in staatlichen oder staatsnahen Gremien.¹¹ Klassische BBU-Aufgaben wie die Öffentlichkeitsarbeit oder der Informationsfluß zu den Mitgliedsgruppen werden kaum noch erledigt.¹² Da die zentralen Personen der letzten Jahre allesamt Parteimitglieder sind, fehlt dem BBU auch die Unabhängigkeit.¹⁵ Der Beitritt zum DNR, das Streben nach Förderungen durch Umweltbundesamt und DBU sowie die Mitarbeit in Gremien wandelten den früheren Aktionsverband zu einem Lobbyverband, allerdings ohne wesentlichen Einfluß gegenüber den in der Lobbyarbeit tonangebenden Verbänden BUND, NABU und DNR.

Kritik am Anpassungskurs des BBU kam sporadisch aus der Basis, z.B. aus der BI Lüchow-Dannenberg. Letztlich fehlte den Gruppen aber die Kraft und auch das Interesse an der BBU-Führungsebene, um den Fehlentwicklungen entschieden genug entgegenzutreten.

Grüne und BUND beerben den BBU

Der Zerfallsprozeß des BBU, der durch den Machtmißbrauch an der Spitze des Verbandes begann, wurde durch die Gründung von Grünen und des BUND erheblich beschleunigt. Bestand zu den Grünen ein Verhältnis der Sympathie, das viele wechseln ließ, so hat der BUND bei seiner bundesweiten Gründung sehr systematisch die Bürgerinitiativen besucht und für einen Verbandswechsel zu gewinnen versucht. Nach der Enttäuschung über den BBU erschien die Gründung eines neuen Verbandes als Hoffnung für viele frustrierte Gruppen Anfang und Mitte der 80er Jahre. Statt basisdemokratische und offene, radikale Aktionsformen im BBU durchzusetzen, sehnten sich die Gruppen nach verbindlichen Arbeitsformen und erhofften sich von der Geschlossenheit eines Großverbandes wie dem BUND neue Impulse – eine trügerische Hoffnung, die letztlich auch auf den Kopf stellt, was aus dem BBU-Zerfall zu lernen gewesen wäre.

Beispiel: Die BI gegen Atom in Hersfeld – erst zum BUND, dann auch zu den Grünen¹⁴

Ein markantes Beispiel, das so oder ähnlich auch andernorts ablief, sind der heutige BUND und die Grünen Bad Hersfeld. Den Anfang machte im September 1977, also in klassischer BI-Zeit, die Gründung des "Arbeitskreises Kernenergie und Umwelt". Die Anfangszeit als BI zeigt neben dem Engagement in der Anti-AKW-Frage, daß auch allgemeine gesellschaftspolitische Fragestellungen erörtert wurden bzw. für einige Aktive der Einsatz auch der Grundveränderung der Gesellschaft dient – ein Merkmal, das es in verbandlichen Gruppenstrukturen in der Regel nicht gibt. 1978 nannte sich die Gruppe in "Arbeitskreis Umweltschutz" um und trat an die Öffentlichkeit.

Im April 1980 dann gründet sich der BUND. In der Chronologie des Vereines ist zu lesen: "Knapp eine Handvoll Aktivisten aus dem 'Arbeitskreis Umweltschutz' hatte sich nach aufreibenden Diskussionen dafür entschieden, ihr Umwelt-Engagement künftig im Rahmen einer größeren und strafferen Organisationsstruktur fortzusetzen, wie sie beim BUND zu finden war. Die Mehrheit des alten 'Arbeitskreises' – hauptsächlich die jüngeren Mitglieder – folgte diesem Schritt nicht. Sie wollte ihre Autonomie erhalten und befürchtete, der Anschluß an den BUND bedeute eine politische Wende in Richtung konservativer Naturschutzarbeit."

Der ursprüngliche "Arbeitskreis Umweltschutz" zerfiel. Übrig blieb die BUND-Gruppe, die sogar einige Ortsverbände bilden konnte, die aber nur aus wenigen Personen bestand. Das Hauptaugenmerk verlagerte sich auf die Lobbyarbeit, d.h. einen kooperativen, auf die Parlamente und Gremien zugeschnittenen Arbeitsstil. So finden sich in der Chronologie des BUND verschiedene Hinweise auf die "Erfolge" dieser Nähe zu den Regierenden: Berichtet wird von Vorschlägen, die in den Behördenmühlen hängenblieben, von einem Umweltbeauftragten, der aus dem BUND kommt, die Teilnahme mit einem Wagen am Festumzug und vieles mehr – direkte Aktionen, Widerstand oder politische Öffentlichkeitsarbeit findet sich auf den vielen Seiten selbstgeschriebener Geschichte kaum. Doch unübersehbar ist: Die Zeit verändert noch weiter. Je länger man in der Geschichte des BUND Hersfeld-Rotenburg zurückblickt, desto eher begegnen einem/r radikalere Aktionsansätze. Sie stehen teilweise in schroffem Gegensatz zu heutigen Strategien. Ein prägnantes Beispiel ist das Verhältnis zum ADAC: Am 15.6.1990 protestierte der BUND mit direkten Aktionen gegen eine Motorsportveranstaltung des ADAC in Hersfeld. Sieben Jahre später organisierte derselbe Verein einen Mobilitätstag. Diesmal war der ADAC Partner! Und schon 1990, in der Festschrift des BUND zum 10jährigen Jubiläum, ist Platz für Anzeigen vom Müllentsorger und für PVC-Beläge.

Ein Teil der BUND-FunktionärInnen ist in den 90er Jahren auch an die Spitze der Grünen-Gliederungen in der Region gerückt. BUND-Vorsitz und Spitzenfunktion in der Partei hat Gerda Pfahl inne, die in beiden Organisationen recht rigide ihre Machtpositionen aufbaut und KritikerInnen wegdrängt. Unter ihrer Führung, aber auch schon vorher, sind Grüne und BUND zu zahmen Gruppen ohne politisches Profil geworden, die teilweise in Gegnerschaft zu unabhängigen Initiativen

stehen, sich an direkten Aktionen nicht mehr beteiligen, aber an den Tischen der Mächtigen, in Gremien und Ausschüssen, regelmäßig mitmischen.

Insgesamt ist der BBU heute ein Verband, der noch ein bißchen aus der Bekanntheit der Vergangenheit zehrt, aber nicht in der Lage ist, neue Arbeitsstrategien z.B. der Anti-Atom-Bewegung oder der GentechnikgegnerInnen aufzugreifen und zu unterstützen. Stattdessen schielen die Verbandsoberen auf Posten in staatlichen Gremien, nehmen sich die großen Umweltverbände als Vorbilder und verlieren auf diesem Weg immer mehr an Bedeutung. Denn im Konzert der etablierten, staatsnahen UmweltschützerInnen hat der BBU mit seinen Ressourcen und dem strategischen Unvermögen der Vorstandsmitglieder keine Chance. Gegenüber neuen Ansätzen im Arbeitsstil aber verweigert sich der Vorstand.

3.4.2 Grüne Liga

Die Grüne Liga hat mit dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz einige Ähnlichkeiten in der Struktur. Allerdings ist die Aktivität und auch der Organisationsgrad bedeutend höher. Vor allem die regionalen Gliederungen der Grünen Liga sind überwiegend noch funktionsfähig, halten Informationsflüsse aufrecht, zetteln eigene Projekte an oder geben Zeitschriften heraus.

Die Grüne Liga vereint ca. 100 örtliche Gruppen und hat einen Etat von 20 Mio. Mark (1995). 20 feste Stellen plus ABM-MitarbeiterInnen finden sich in Bundesgeschäftsstelle und Regionalverbänden. Die Mitgliederzahl beträgt ca. 2.000.¹⁵

Geschichte

„Die Grüne Liga ist ein Kind der Wende“ so steht es in der Geschichte des Verbandes.¹⁶ Die Basis bildeten zum einen die Gruppen, die schon zu SED-Zeiten aktiv waren, z.B. im Rahmen der Kirche, des Kulturbundes oder auf eigene Faust. Im April 1989 trafen sich in Potsdam aktive UmweltschützerInnen aus den GNU-Gruppen¹⁷, um über die weitere Zusammenarbeit zu reden. Ebenso diskutierten die ehemals kirchlichen Umweltgruppen ihre Zusammenarbeit. Die Treffen liefen teils getrennt, viele Diskussionsprozesse fanden aber auch gemeinsam statt. Ab Herbst 1989 ging alles sehr schnell. Am 7.10. verabschiedete ein Treffen eine Absage an die stalinistische Führungsriege der DDR, im November wurde der Gründungsauftrag für eine Grüne Liga verfaßt. Wenig später gab es ein vorbereitendes Treffen zur Gründung. Diese erfolgte dann am 3. und 4. Februar in Buna.

Im Original: Auszüge aus der Gründungssatzung

§ 5 Struktur und Arbeitsweise

(1) Die Vereinigung arbeitet als Netzwerk der ökologischen Bewegung in der DDR bzw. auf dem Territorium der DDR, wenn diese als selbständige Gebietskörperschaft wegfällt. Die Spezifik der

Vereinigung ist durch die weiteste Form der Mitgliedschaft bestimmt, um allen interessierten natürlichen und juristischen Personen eine gleichberechtigte Mitarbeit zu ermöglichen. ...
(3) Die Landesverbände sind eigenständig und regeln ihre Arbeitsweise ebenso. ...

Schnelle Popularität verschaffte der Neugründung ihre Teilnahme an den Runden Tischen. Der Vorstandsvorsitzende, Klaus Schlüter, wurde von Hans Modrow, dem damaligen DDR-Ministerpräsidenten, in die Regierung berufen, in kurzer Folge entstanden zudem mehrere Regionalbüro und die Bundesgeschäftsstelle.

Doch dieses „Glück“ währte nur kurz. Mit der Machtübernahme durch die CDU in der noch bestehenden DDR wurde das Thema Umweltschutz von der politischen Tagesordnung verbannt, die Einheit und der wirtschaftliche Aufschwung verdrängten andere politische Fragen. Die Grüne Liga konsolidierte ihre eigene Struktur und begann, stärker auf eigenen Füßen zu stehen. Heute ist ein Teil der Arbeit frei bzw. aus sehr unterschiedlichen Quellen finanziert. Aus dem „Netzwerk Ökologischer Bewegungen“, wie sich die Grüne Liga im Untertitel nennt, ist aber vor allem auf Bundesebene ein etablierter Verband geworden, der (ganz im Sinne des allgemeinen Trends im Umweltschutz) verstärkt Lobbyarbeit betreibt und direkte Aktionen immer mehr einstellt. Dabei gibt es ein Gefälle von oben nach unten, der stärkste Hang zu staatsnaher Gremienarbeit besteht auf Bundesebene.¹⁸

In der Struktur sind die Netzwerk-Ansprüche aber auch heute noch gut erkennbar. So gibt es keinen echten Bundesverband, die Bundesebene ist ein Zusammenschluß der selbständig arbeitenden regionalen Gliederungen. Vor Ort haben Grüne-Liga-Gruppen oft eigene Namen und sind dem Gesamtverband gegenüber nicht weisungsgebunden. Zum Teil stehen sie der Lobbyarbeit kritisch gegenüber.

Die Grüne Liga und die West-Umweltverbände

Schon die Gründung der Grünen Liga führte zu der Frage: Wie steht die Grüne Liga zu den West-Umweltverbänden? Der BUND, der sich bis dahin keine „Partnerorganisation“ im Osten ausgesucht hatte, versuchte, die Grüne-Liga-Gründung so zu beeinflussen, daß am Ende BUND-Landesverbände entstehen würden. Das mißlang aber – auch durch die auf der Grünen-Liga-Gründungsversammlung vorgetragene Kritik am BUND durch UmweltschützerInnen aus Projektwerkstätten.¹⁹ Die Mehrheit wollte eine Unabhängigkeit, der BUND begann erst anschließend mit dem mühsamen Aufbau eigener Verbandsstrukturen und ist bis heute noch nur ein ganz kleiner Verband im Osten (siehe Kap. 3.2.1).

In den letzten Jahren hat sie die Grüne Liga aber den Arbeitsstrategien der Westverbände stärker angenähert. Die Liga versteht sich nicht nur als Umweltorganisation in den Ost-Bundesländern, sondern zunehmend auch als Bundesumweltverband. Der Eintritt in den Deutschen Naturschutzring, die Anerkennung nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz, die Wahl der Bundessprecher Klaus Schlüter und dann Leif Miller in das Präsidium des DNR und einige Einzelkooperationen mit den großen Westverbänden sind die Etappen auf dem verbandlichen Etablierungsweg. Vorangetrieben wurde er von wenigen BundesfunktionärInnen, die relativ weitge-

hend abgekoppelt von der Basis arbeiten. Auch inhaltlich paßte sich die Grüne Liga weitgehend an: 1997 trug sie den Vorschlag zur ökologischen Steuerreform des Deutschen Naturschutzringes mit einschließlich des umstrittenen Passus, daß die Großenergieverbraucher erhebliche Ermäßigungen erhalten sollten.

Die Grüne Liga hält nach wie vor daran fest, regionale Arbeit nur auf dem Gebiet der Ex-DDR zu leisten. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz hat als einziger Westverband auf eigene Strukturen im Osten verzichtet und ruft zur Mitarbeit in der Grünen Liga auf. Die Grüne Liga sieht aber den BBU nicht als attraktiven Partner, sondern hat sich in den letzten Jahren stark den großen Westverbänden vor allem dem DNR, zugewandt. Insgesamt hat die Grüne Liga viele Verhaltensmuster entwickelt, die bei etablierten Verbandsstrukturen auftreten: Gemacht wird, was Geld bringt (ausgegrenzt wird, was Geld gefährdet), unflexible und auf Geschäftsstellen zentralisierte Arbeitsabläufe, Vereinsmeierei und Imagepflege.

Politischer Widerstand oder Lobbyarbeit im System?

Welche Ziele und politischen Ideen bei der Gründung im Mittelpunkt standen, ist heute nicht mehr leicht nachzuvollziehen. Die Grüne Liga war ein bunter Haufen von Basisgruppen, Menschen mit gesamtgesellschaftspolitischen Ideen, Fachleuten und solchen, die Umweltschutz vor allem als Lobbyarbeit sahen und versuchen wollten, sich im System zu etablieren und dann Korrekturen der Umweltpolitik durchzusetzen. Heute haben sich zumindest auf Bundesebene die letzteren klar durchgesetzt. Kritik kommt teilweise von der Basis. Die Grüne Liga ist auch heute noch ein sehr vielfältiger Verband, dessen Spektrum auch zur Unterstützung von direkten Widerstandsaktionen reicht, z.B. der Hüttendorfer gegen die Thüringer-Wald-Autobahn oder A17. Auf der anderen Seite etablierte sich der Kooperationsweg, der Schmusekurs mit dem Staat. Die Grüne Liga trägt ganz wesentlich die Agenda-21-Arbeit und die Expo-Arbeit in den neuen Bundesländern mit,²⁰ viele Regionalverbände sind Initiatoren dieser Arbeit, in dem Bündnisse mit allen Seiten geschlossen werden, vor allem mit Wirtschaft und Staat.

Die Frage, welcher Stil sich in der Grünen Liga durchsetzt, ist noch offen. Vielleicht bleibt das Netzwerk auch vielfältig und vereint damit die Widersprüche in sich. Auf Bundesebene scheint aber das Rennen gelaufen zugunsten einer wenig radikalen Lobbyarbeit, die den Regierenden nicht mehr zusetzt als es für eine freundliche Gesprächsatmosphäre und die auch für die Grüne Liga wichtigen Zuschüsse gut ist. Immerhin stammen fast 80 Prozent der Mittel aus staatlichen Quellen – der absolute Rekord aller Umweltverbände.

Im Original: Die Woche, 13.12.1996 (S. 35)

Die Grüne Liga bezeichnet sich als radikal, bürgernah und subversiv, ist aber fast vollständig vom Staat abhängig (über ABM-Stellen, Bundesstiftung Umwelt, Bundesumweltministerium).

Wahrscheinlich mehr durch Zufall geriet die Grüne Liga Ende 1997 in eine Auseinandersetzung, die damit begann, daß die sexistisch-esoterische (Pseudo)Kom-

mune ZEGG ihre PR-Frau Leila Dregger als Referentin für Öffentlichkeitsarbeit in das Haus der Demokratie einschleuste²¹ und dann von dort aus, zum Teil in direkter Zusammenarbeit mit der Grünen Liga, Propaganda für das ZEGG, das ZEGG-nahe und wenig umweltfreundliche Ökodorf Groß Chüden, das EXPO- und CDU-nahe Projekt Lebensgut Pommritz und die Anders-leben-Clique um den rechtslastigen Rudolf Bahro²² machte. Später behauptete die Grüne Liga, niemand wäre aufgefallen, was dort geschah, obwohl die Veranstaltungen allesamt immer in Grüne-Liga-Magazinen "Der Rabe Ralf" veröffentlicht wurden und die Grüne Liga zum Teil Mitträgerin war. Durch die Veröffentlichung einer außenstehenden Person wurde die Unterwanderung erst bekannt. Um die Wogen zu glätten, sagte die Grüne Liga die Trennung für Dezember zu, jedoch auch im Februar arbeitete Leila Dregger weiter im Haus der Demokratie.²³ Dabei wäre eine Auseinandersetzung in der Grünen Liga bzw. in der Umweltschutzbewegung insgesamt wichtig gewesen, denn immerhin wurde in der Diskussion auch bekannt, daß NEPAL und das ZEGG systematisch die Unterwanderung der Umweltschutzbewegung planten und auch betreiben (siehe Kap. 3.8).

3.4.3 Landesweite Zusammenschlüsse

In einigen Bundesländern gibt es netzwerkartige Zusammenschlüsse außerhalb der etablierten Verbände. Sie sind zum Teil sehr klein, zum Teil aber auch selbst etabliert und spielen neben den klassischen Verbänden eine gewisse Rolle (siehe Kap. 3.3.4). Das einzig bedeutungsvolle landesweite Netzwerk mit formalen Strukturen ist der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) in Niedersachsen. Sein Aufbau ähnelt stark dem BBU, d.h. die Mitgliedsgruppen haben weiterhin ihre volle Eigenständigkeit und ihren eigenen Namen. Der LBU hat aber ein wesentlich moderneres Management als der BBU und sich erfolgreich dem Staat angebedert. Er wird mit erheblichen Mitteln vom Land Niedersachsen gefördert, fast die gesamte Geschäftsführung ist davon abhängig. Der LBU ist stark in staatlichen Gremien vertreten, fördert die Agenda-21-Arbeit in Niedersachsen (obwohl die Agenda gegenteilige Forderungen enthält wie der LBU) und verhält sich sogar abwehrend gegenüber unabhängigen Aktionen und Initiativen.²⁴ Als Gründe werden dabei die Arbeitsüberlastung durch die Gremienarbeit, aber auch die Angst vor finanziellen Problemen benannt. So zeigt sich deutlich, daß hier Zusammenhänge zwischen Staatsnähe und Handlungsfähigkeit bestehen.

Im Zentrum des LBU stehen nicht mehr die Ehrenamtlichen, sondern die gut ausgebaute Geschäftsstelle, die auch für die staatsnahen Verhaltensweisen verantwortlich ist. Von dort und von einzelnen Ehrenamtlichen werden zudem ehemals unstrittige politische Forderungen in Frage gestellt, z.B. die des sofortigen Ausstiegs aus der Atomenergie.²⁵ Insgesamt ist der LBU ein typisches Beispiel, wie Staatsknete und Gremienarbeit einen ehemals basisorientierten und unabhängigen Verband zu einem sanften Gebilde ohne politische Ausstrahlung machen.

Die Zahl der Mitgliedsgruppen im LBU liegt zwischen 100 und 200, in der edel ausgestatteten Geschäftsstelle in Hannover arbeiten drei bis vier Hauptamtliche. Ein Schwerpunkt, besetzt mit einem Hauptamtlichen, ist die Beteiligung bei staatlichen Planungen. Der LBU ist nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannt. Kleinere, mitgliederschwache Zusammenschlüsse gibt es in einigen weiteren Bundesländern, z.B. den Landesumweltverband Schleswig-Holstein (LUSH). Einige weitere Landesverbände der Bürgerinitiativen bestanden bis Anfang der 90er Jahre und lösten sich dann auf.

3.4.4 Vernetzung im Anti-Atom-Bereich²⁶

Der Anti-Atom-Bereich war immer der öffentlich prägende Teil der Umweltbewegung. War im Anti-Atom-Widerstand nichts los, war auch Flaute in der gesamten Umweltschutzdebatte angesagt. Zwar gibt es insgesamt mehr Basisgruppen der Umweltverbände einschl. der unorganisierten Vogelschutzgruppen, doch wird dort fast nur an klassischen Themen (Arten- und Biotopschutz) gewerkelt. Konfrontationen mit den lokalen PolitikerInnen unterbleiben, die Pressearbeit ist unprofessionell oder gar nicht vorhanden. Letzteres trifft zwar auch auf Anti-Atom-Gruppen zu, doch sind ihre Aktionen oft so spektakulär, daß sie auch ohne besondere Zuarbeit zur Presse erwähnt werden.

Die Anti-Atom-Bewegung hat zwei Hochphasen gehabt: Zum einen die, die sie erstmals groß werden ließ (Auseinandersetzungen um Atomkraftwerke in den 70er und Anfang der 80er Jahre bis zur "Schlacht um Wackersdorf" 1986, während der allerdings in anderen Regionen der Protest schon erheblich zurückgegangen war) sowie zum anderen in der aktuellen Zeit die Aktionen rund um die CASTOR-Transporte. Nur in wenigen Regionen (v.a. Wendland) ist Anti-Atom-Widerstand eine Dauerarbeit, aber selbst rund um Gorleben sind die verschiedenen Aktivitätsphasen erkennbar. Zwischen den beiden Höhepunkten gab es ein fast zehnjähriges Loch, das unterbrochen wurde durch den Reaktorunfall von Tschernobyl, ohne den die Anti-Atom-Bewegung noch schneller eingebrochen wäre.

Die Anti-Atom-Bewegung der 70er und Anfang 80er Jahre war sehr bunt. Diskussionen über Gewaltanwendung und viele andere Fragen kamen erst im Lauf der Auseinandersetzungen auf. Die heute großen Umweltverbände existierten noch nicht oder waren unbedeutend. Zu Beginn gab es viele verschiedene örtliche Bürgerinitiativen und einige Verbände, die das organisatorische Rückgrat bildeten. Darunter fanden sich mit dem Weltbund zum Schutze des Lebens und der Aktiongemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) zwei rechtsextreme Organisationen. Umweltschutz war auch immer ein Thema der Rechten.²⁷

Als Zusammenschluß wurde 1972 der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz gebildet. Er sollte die Vernetzung gewährleisten und politische Speerspitze bilden. Der BBU war schnell ein großer und bekannter Verband, kein anderer Verband hat später noch die Bedeutung in der Umweltbewegung erreicht, wie sie der

BBU damals hatte. Doch es zeigte sich schnell: Feste Strukturen fördern bestimmte Personenkreise und Denkmuster. So saßen in den zentralen Gremien des BBU schnell vor allem solche Personen, die politische Lobbyarbeit als zentrales Anliegen verstanden oder sich selbst produzieren wollten. Die Basis sah dagegen ihre eigene Arbeit als Entscheidendes und kümmerte sich folglich nicht ausreichend um Strukturen und Mechanismen des Dachverbandes. Dessen MacherInnen hatten freie Hand und formten aus dem BBU immer mehr einen abgehobenen Verband. Darauf reagierten Basisgruppen mit dem Aufbau eigener Strukturen. Regelmäßige Anti-Atom-Konferenzen wurden eingeführt. Sie waren nicht als Gegenmodell zum BBU gedacht, der BBU führte die Spaltung aber selbst herbei, in dem er zum Boykott der ersten Konferenz aufrief. Große Teile der Anti-Atom-Bewegung befanden sich seitdem bewußt außerhalb jeglicher Verbandsstrukturen. Basisdemokratie wurde zum wichtigen Grundwert, behinderte die Bewegung aber auch dabei, überregional wirksam zu agieren. Lobbyarbeit oder Druck auf die Bundes- oder Landespolitik war kaum möglich. Die Auseinandersetzung fand an den konkreten Objekten statt. Das letzte der ersten Phase war Wackersdorf. Hier tauchte dann auch erstmals der BUND auf. Ihm brachte die Beteiligung an den Protesten eine erhebliche Politisierung. Etliche FunktionsträgerInnen, die in CSU und im BUND waren und seine konservative Grundposition prägten, traten aus einer der beiden Organisationen aus. Seitdem ist der Bund Naturschutz in Bayern teilweise in einer politischen Widerstandsbewegung aktiv, was ihm in den meisten anderen Bundesländern fehlt.²⁸ Der Reaktorunfall von Tschernobyl führte vor allem zur Gründung bürgerlicher Anti-Atom-Gruppen, z.B. den Energiewendekomitees, kirchlichen oder sonstigen Gruppen. Ihre Arbeit zielt auf die Verwaltungen und das Verhalten der Einzelnen.²⁹ Zwischen ihnen und der unabhängigen ("autonomen") Anti-AKW-Bewegung gibt es nur wenige Kontakte. Viele haben enge Kooperationen mit dem Staat. Ausnahmen sind die wenigen Schnittstellen in Form gemeinsamer Kampagnen, z.B. der Siemensboykott, sowie immer wieder das Wendland als Kristallisationspunkt des Anti-Atom-Widerstandes, in dem alle Bevölkerungsschichten und Teile der Umweltbewegung vereint arbeiten.

Anfang der 90er Jahre entwickelte sich eine neue Bewegung, an der die alten BIs nur noch wenig beteiligt waren. Autonome Gruppen und neue Zusammenhänge prägten das Bild. Im Wendland und sei 1997 auch in Ahaus waren auch die "Alten" dabei³⁰. Zielscheibe waren nicht Atomkraftwerke oder die gesamte Atompolitik, sondern als Symbol der Atommüll-Transportbehälter CASTOR. Schon Jahre vor den Auseinandersetzungen fuhren die Atommülltransporte durchs Land. Über 300 wurde z.B. ins Brennelementezwischenlager Ahaus gebracht, viel mehr in die Aufbereitungsanlagen im Ausland. Elekrisierend aber wirkte der erste CASTOR, der nach Gorleben sollte. Die ersten Ankündigungen mobilisierten bereits Hunderte, dann Tausende von AtomgegnerInnen. Als der erste CASTOR ins Zwischenlager Gorleben geprügelt wurde, stemmte sich ihm Tausende entgegen. Beim dritten Transport waren es über zehntausend. Damit einher ging eine Neubelebung der Atom-Bewegung bundesweit. Das Wendland blieb zwar ein Symbol, aber ab

1997 wurden über die Kampagne "NiX mehr!" und Einzelaktionen sehr viele CASTOR-Transporte gestört. Die angekündigte Verlagerung der Transporte nach Ahaus nützte auch nicht mehr: Die Anti-AKW-Szene war wieder bundesweit da und agierte auch unabhängig von symbolischen Orten.

Wer ist die Anti-Atom-Bewegung?

In verschiedenen Veröffentlichungen war von einer Wiederbelebung der Anti-Atom-Szene die Rede. Diese Annahme trifft es nicht genau. Zwar sind einige der "Alten" wieder beteiligt. Die Zugwirkung der heutigen Anti-AKW-Bewegung geht aber von verschiedenen Strömungen aus, die bisher nicht im Vordergrund standen. Die heutige Bewegung ist eine neue, u.a. mit folgenden Teilen:

– Gewaltfreie Aktionsgruppen: Sie glauben daran, daß die Aktionsmethode (und nicht der Inhalt) die entscheidende Frage darstellt. Zum dritten CASTOR-Transport organisierte ein Teil der gewaltfreien Gruppen die Aktion "X-tausendmal quer",³¹ die sich deutlich von allen Teilen der Anti-AKW-Bewegung abgrenzte und mit eigener Aktion und eigenem Camp eine Spaltung vollzog, die zwar bezogen auf die Aktion inhaltlich begründet war, aber darüber hinaus noch weiter ging. "X-tausendmal quer" machte eine eigenständige Bündnispolitik, beteiligte sich nicht (mehr) an den gemeinsamen Entscheidungsprozessen (Frühjahrs-/Herbstkonferenz, Delegiertentreffen usw.) und schuf eine eigene Strategie der Öffentlichkeitsarbeit. "X-tausendmal quer" fand am optimalen Standort (Verladekran in Dannenberg, erster Aktionspunkt vom Bahnhof aus) statt und wurde wohl vor allem deshalb zum größten Teil der Proteste. Die öffentliche Wirkung der Blockade bzw. der gemeinsamen Räume war groß und hat der Anti-Atom-Bewegung insgesamt erhebliche Aufmerksamkeit gebracht. Ob es dazu aber der Abtrennung bedurft hätte oder ob sich verschiedene Aktionsformen nicht auch zwischen allen beteiligten Gruppen absprechen und räumlich-zeitlich aufeinander hätten abstimmen lassen, muß zumindest in Zweifel gestellt werden. Durch ihr Verhalten haben sich die "X-tausendmal quer"-DrahtzieherInnen, organisiert vor allem um die Kurve Wustrow im Wendland, die Umweltwerkstatt in Verden und die Graswurzelrevolution in Oldenburg, weitgehend außerhalb der Anti-Atom-Bewegung gestellt. Nicht öffentlich genannter Hintergrund war der Versuch, der BI Lüchow-Dannenberg den Einfluß auf die Aktionen zu nehmen.³² Geworben wurde mit der Idee der Basisdemokratie. Die aber war gerade bei "X-tausendmal quer" tatsächlich nicht vorhanden. Die Bezugsgruppen und Räte hatten keine wichtigen Punkte mehr zu entscheiden. Alles war vorher exakt geplant bzw. durch Selbstverpflichtungen unabänderlich geworden.

Im Original: Auszüge aus Veröffentlichungen von "X-tausendmal quer"

Irgendwann gibt die Polizei auf ... Mit Gewalt können sie umgehen, an Gewaltfreiheit scheitern sie aber auf Dauer ... Die Kraft entschlossenen gewaltfreien Handelns ist, wie das Wendland gezeigt hat, stärker als alle staatliche Gewalt zur Durchsetzung des Castors. (Flugblatt mit Aufruf zur Blockade)

Sternstunde gewaltfreier Aktion und sozialer Verteidigung. ... vor allem die praktische und politische Effizienz gewaltfreier Aktion erlebte einen Durchbruch ohne Gleichen. ... Abgesehen davon, daß die sechs Castor-Behälter ... in Gorleben angekommen sind (und das ist wirklich nur noch ein Nebenasspekt) ... Die Praxis der Bewegung wird zur Lehrstunde der sozialen Verteidigung innerhalb einer Gemeinschaft. ... Ein riesiger erster Erfolg ... ein Riesenerfolg. Überall wurde zum Teil unterhöhlt und es brannten etliche Feuer auf den Gleisen. Wirklich effektiv waren aber drei Aktionen gewaltfreier Gruppen ... Die Disziplin ... der Menschen auf der Straße war unfaßbar. ... innerhalb weniger Tage oder gar Stunden persönliche Lern- und Reifeprozesse ungeahnten Ausmaßes stattgefunden haben ... Die kollektive weitgehend positive Erfahrung X-tausender mit dem organisierten gewaltfreien Widerstand wird auf Jahre hinaus die Protestbewegungen in der Bundesrepublik günstig beeinflussen. (Bericht über die Aktion Anfang März 1997 in der Graswurzelrevolution, die kritische Positionen leider zensierte).

Ein weiteres prägendes Merkmal von "X-tausendmal quer" ist, daß es außer der Blockade und wenigen Aktionsaufrufen keine weitere Mobilisierung hervorrief. Ob und wie weit die BlockadeteilnehmerInnen politisiert wurden (bzw. es überhaupt sollten) und z.B. vor Ort weiterarbeiten, blieb unklar.

Eine Entschärfung des Streits zwischen "X-tausendmal quer" und autonomen Umweltgruppen gab es im Herbst 1997, als das Flugblatt zur gewaltfreien Aktion erheblich umgeschrieben wurde, die Ausgrenzungen andersdenkender AtomgegnerInnen gestrichen wurden, auf andere Aktionen hingewiesen und der Gesamtzusammenhang vorgestellt wurde. Bei "X-tausendmal quer" hatten sich Menschen durchgesetzt, die eine Spaltung nicht wollten. Ob sich aus der Erfahrung des Streites ein Bewußtsein entwickelt, das auch in Zukunft verhindert, sich gegenseitig auszutaktieren und auszugrenzen, ohne die Diskussion um politische Positionen zu vernachlässigen und diese gegen Gleichgültigkeit zu ersetzen, ist allerdings noch unklar.³³

– "Autonome" Aktionsgruppen: Das Feld lokaler Aktionsgruppen ist sehr vielfältig. Sie stellen zur Zeit den Hauptteil der Anti-AKW-Bewegung. Vernetzt sind sie über die Frühjahr-/Herbstkonferenzen mit mehreren hundert TeilnehmerInnen sowie über Delegiertentreffen aufgeteilt nach konkreten Aktionen. Von den autonomen Gruppen gehen die meisten der direkten Aktionen gegen CASTOR-Transporte und Atomkraftwerke aus. Entscheidende Schwäche der autonomen Anti-AKW-Bewegung ist ihr Unwillen zu einer überregionalen Aktionsfähigkeit, die viele ablehnen, weil solche überregionalen Aktivitäten die Basisdemokratie gefährden, weil eine wirksame Arbeit auch spontan sein müßte und daher Rückkoppelungen nicht möglich sind. Skepsis herrscht auch gegenüber Vorschlägen, die dieser Angst entsprechen und daher bei überregionalen Aktivitäten unter dem Namen einzelner Gruppen auftreten, weil z.B. die Medien aus solchen Gruppen oft "Sprecher der Anti-Atom-Bewegung" machen. So ist die autonome Bewegung untätig, wenn die Anhörungen zum neuen Atomgesetz laufen oder Atomkonzerne ihre Hauptversammlungen abhalten. Aus dem "autonomen" Spektrum der Anti-Atom-Bewegung stammt das verbliebende, bundesweite Organ der Vernetzung, die "anti atom aktuell" (Verteiler: ca. 700).

– Etablierte Organisationen und Gruppen: Nach wie vor sind solche Gruppen Teil der Anti-Atom-Bewegung, die auch früher schon bestanden und sich verbindliche Strukturen gegeben haben. Die bekannteste ist die BI Lüchow-Dannenberg, die wegen ihrer Größe, Bedeutung und finanziellen Möglichkeiten wie ein bundesweiter Verband agieren kann. Was in der BI geschieht, hat meist Bedeutung für die ganze Anti-Atom-Bewegung. Dabei hat sich die BI immer bemüht, verschiedene Strömungen zu integrieren und auch bei vielen Entscheidungsvorgängen dabeizusein. Die interne, relativ offene Struktur ermöglicht vielen die Mitarbeit. Dieses Konzept war durch "X-tausendmal quer" erheblich gefährdet worden, viele BI-AktivistInnen agierten in offenem Streit mit dem Umfeld der "X-tausendmal quer"-OrganisatorInnen.³⁴ Wieder neu aufgebaut hat sich die auch sehr alte BI in Ahaus. Von "X-tausendmal quer" wurde diese BI schnell für eigene Zwecke benutzt, ohne das die BI-Mitglieder das richtig begriffen.³⁵ Die Fälle scheinen aber inzwischen geklärt mit der Folge, daß auch die BI Ahaus ähnlich wie die BI Lüchow-Dannenberg versucht, die verschiedenen Strömungen vor Ort gleichermaßen zu unterstützen und so integrierend und vernetzend zu wirken.

Das ist durchaus typisch: Viele der älteren Leute und Organisationen haben integrierende Wirkung. Dazu gehören auch einige Institute.³⁶ Da mehrere der heute bekannten Institute in der alten Anti-AKW-Zeit entstanden, haben sie weiterhin vielfältige Kontakte.

– Erschreckend unschlüssig oder tatenlos verhalten sich die großen Umweltverbände. Der BUND war mit wenigen SpitzenfunktionärInnen im Wendland, machte dort aber vor allem mit großen Schriftzügen Werbung für sich und beteiligte sich kaum an direkten Aktionen, sondern fand seine Rolle als Vermittler zwischen Polizei und DemonstrantInnen.³⁷ Der Naturschutzbund hielt sich ganz zurück und bot Atomministerin Merkel 2 Tage nach dem CASTOR-Transport im März 1997 eine passende Gelegenheit zur Rehabilitation. Vor laufenden Fernsehkameras malten Merkel und NABU-Chef Flasbarth Spechte auf Bäume zum Schutz der Spechthöhlen. Robin Wood war ebenfalls nur sporadisch und mit viel Eigenwerbung vertreten, während Greenpeace immer wieder eigene Aktionen versucht. Kooperationen scheinen dabei nicht möglich.³⁸

Im Original: Felix Kolb, Leserbrief in der Politischen Ökologie Sept./Okt. 97 (S. 13)

Der Anti-AKW-Bewegung ist es gelungen, mit dem Widerstand gegen die Castor-Transporte die Atomproblematik und damit die verfehlte Energiepolitik wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Bewußtseins zu holen. Meine Hoffnung, die genannten Verbänden würden durch eine massive Mobilisierung ihrer Mitglieder zu den Aktionen den "Druck der Straße" verstärken oder durch Lobby-Arbeit in eine andere Energiepolitik ummünzen, ist bislang enttäuscht worden. Wieso BUND und NABU im Gegensatz zu Greenpeace, das den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung unterstützt, die Chance, die durch die Renaissance der Anti-AKW-Bewegung entstanden ist, verstreichen läßt, ist mir schleierhaft.

– Sonstige Gruppen: Neben den genannten gibt es weitere, recht unterschiedliche Gruppen, die sich beteiligen. Viele steuern wichtige Einzelbei-

träge zum Gesamten bei, z.B. tragen autonome und etablierte Gruppen zusammen den Siemensboykott, eine der wenigen langfristigen und strategischen Aktionen der Anti-Atom-Bewegung.

Die Gewaltfrage – und was kaum diskutiert wird

Wer sich die Debatten in der gesamten Anti-Atom-Bewegung anschaut, bekommt den Eindruck, daß die Gewaltfrage das alles Entscheidende sei. Bei näherem Hinsehen finden sich zwar innerhalb der verschiedenen Strömungen auch andere, intensive Debatten (z.B. in der autonomen Anti-Atom-Bewegung eine breite Sexismusdebatte aufgrund der Vergewaltigung während der CASTOR-Aktion im März 1997),³⁹ nach außen dringt aber vor allem der Streit um den Einsatz der Mittel. Für "X-tausendmal quer" und das Umfeld ist diese Frage auch Programm: Gewaltfreiheit ist nicht nur Methode, sondern auch politisches Hauptziel. Für viele ersetzt die bedingungslose Festlegung auf Gewaltfreiheit sogar politische Inhalte, was dann religiöse Tendenzen erreicht. So gibt es gewaltfreie Gruppen, die aussagen, daß sie eher mit Menschen zusammenarbeiten, die nur deshalb gegen den CASTOR kämpfen, damit er woanders hinfährt, als solchen, die auch Gewalt anwenden würden.⁴⁰ Tatsächlich aber ist die Gewaltdiskussion äußerst unklar und muß deshalb ergebnislos bleiben. Zum einen ist der Gewaltbegriff nicht definiert und wird ja nach Aktionsverlauf auch immer wieder verändert. Phasenweise mutet es so an, als wären erfolgreiche Sachbeschädigungen (Sabotage oder das Unterhöhlen der Straße) gewaltfrei, während gleiche Aktionen abgelehnt werden, wenn sie in der Öffentlichkeit kritisiert werden. Zum zweiten wird selten berücksichtigt, daß es in der Auseinandersetzung mit dem Staat nicht um Gewaltfreiheit geht, sondern allein um die Frage eines einseitigen Gewaltverzichts geht. Die Aktion läuft immer gewalttätig ab, weil der Staat und die dafür zuständigen Organe diese anwenden (Drohungen, körperliche Gewalt usw.). Für die Diskussion wäre es vorteilhaft, wenn die Diskussion beschränkt würde auf den Punkt, der einzig interessant wäre: Ist Gewaltfreiheit ein so wichtiges Gut, daß es lohnenswert erscheint, sich darauf selbst verbindlich festzulegen (und damit ja auch dem Staat die Möglichkeit zu geben, das eigene Verhalten besser voraussehen zu können, d.h. man wird berechenbarer mit allen Vor- und Nachteilen)? In dieser Diskussion wäre die Gewaltfrage nur eine von vielen zu klärenden Positionen der Bewegung. Sie verlöre ihre Priorität und stände neben anderen, z.B.:

- Bedeutet die Anti-Atom-Arbeit die Ablehnung des Staates oder ist sie nur am Detail orientiert? Akzeptieren wir ein "Ausstieg von oben"?
- Welche Perspektiven bestehen für eine andere Energiepolitik, Wirtschaft bzw. für die Gesellschaft insgesamt?
- Wie geht die Anti-Atom-Bewegung mit Fragen um, die wichtig werden, wenn es nicht nur um das Details Atomkraft geht: Unterdrückung und Ausgrenzung von Menschen (Sexismus, Rassismus, Existenz von Erziehung usw.), Umweltzerstörung insgesamt?

- Wieweit entsprechen die eigenen Strukturen und Aktionsformen den eigenen Zielen und wo sind Abweichungen akzeptabel (sind sie es überhaupt)? Ist Gewalt zulässig, obwohl eine gewaltfreie Gesellschaft angestrebt wird? Ist der Kungel mit dem Staat zulässig, obwohl dieser abgebaut werden soll?

Einige der Fragen werden schon in der Anti-Atom-Bewegung diskutiert, immerhin ein positiver Unterschied zu den meisten weiteren Teilen der Umweltbewegung. Im Rahmen solcher Diskussionen würde auch sichtbar, wo Grenzen zu ziehen sind und wo neue Bündnisse entstehen könnten.

3.4.5 Weitere Vernetzungen

Die Anti-Atom-Bewegung ist dominierend, aber sie ist lange nicht alles. Es gibt sogar Bündnisse, die sind von der Zahl der Gruppen her größer, z.B. Umkehr e.V., das Bündnis der Initiativen und Gruppen im Themenbereich Verkehr (Verteiler: 1100 Kontaktadressen). Ihre Bedeutung in der Öffentlichkeit ist aber geringer, weil kein Thema so PR-trächtig ist wie die Auseinandersetzungen um die Atomkraft. Wenn ein Hüttendorf geräumt wird, das bisher die Bagger zum Autobahnbau aufhielt, interessiert das bislang nur wenige, wobei hier Veränderungen eintreten.⁴¹

Gen-ethisches Netzwerk

Das einzige Thema, das noch ansatzweise solche PR-Wirkung hat wie die Atomkraft, ist die Gentechnik. Vielleicht liegt es daran, daß die Gefahren ähnlich unsichtbar und daher unheimlich sind wie radioaktive Strahlung. Wahrscheinlicher aber ist, daß die massive Gegenwehr (Besetzungen, Genfeldzerstörungen) die Anti-Gentechnik-Bewegung populär machten. Genversuche in Deutschland sind zumindest im landwirtschaftlichen Bereich, wo sie (sicht- und angreifbar) in der Feldmark stattfinden, oft Ort erbitterter Auseinandersetzung. Die Bündnisse, die solche Protestformen tragen, sind von Standort zu Standort verschieden. Bundesweit sind einige große Organisationen (BUND, Greenpeace) und andere etablierte Einrichtungen (z.B. Institute) aktiv, die wesentliche Vernetzungsebene aber stellt das Gen-ethische Netzwerk dar. Der Sitz ist Berlin, wo ganz wenige Personen versuchen, Informationen zu sammeln und zu streuen, zwischen den Gruppen Verbindungen herzustellen und Hilfe zu organisieren, bei neuen Aktionen zu mobilisieren usw. Ca. 300 Kontaktadressen sind im Verteiler. Medium sind das Internet, spontane Rundbriefe und der Gen-ethische Informationsdienst (GID).

Umkehr e.V.

Das größte thematische Netzwerk gibt es schon sehr lange. Gestartet ist Umkehr als AK Verkehr des BBU, mit dem die AktivistInnen auch jetzt noch in engem Kontakt stehen. Regelmäßig findet der Verkehrsinitiativenkongreß statt, auf dem neue Aktionen besprochen werden bzw. sich die Basisgruppen austauschen. Als Vernet-

zungsmedium dient der Informationsdienst Verkehr. In der Berliner "Zentrale" sitzen nur wenige Leute, die die Vernetzung organisieren und Kampagnen planen.

BUKO

Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen entstand als Gegensatz zu den staatsnahen Organisationen im Entwicklungs- bzw. internationalen Bereich. Seine formale Struktur zeugt davon, daß Basisdemokratie und Gleichberechtigung den GründerInnen ein wichtiges Anliegen waren. Neben einem Rundbrief gibt es die Kongresse sowie ab 1998 den Ratschlag als Austausch- und Entscheidungsebene, sonst nichts. Die zentrale Geschäftsstelle in Hamburg dient nur der Organisation von beidem. Der Kongreß kann aber politische Mandate vergeben, nach denen Strukturen und Aktionen, z.B. Kampagnen, aufgebaut werden, die auch selbständig nach außen treten können. Sie haben eigene Rundbriefe, Verteiler und oft ein eigenes Büro. Beispiele sind die Agrarkoordination, die Pharmakampagne und die Kampagne zu Rüstungsexporten. Ein Arbeitsbereich des BUKOs war und ist die Kritik an der Nachhaltigkeitsdebatte, bekannt durch Aktionen und Kritiken gegen die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland",⁴² die aber sowohl von den etablierten Umweltverbänden und -institutionen verschwiegen wurde (was zu erwarten war) als auch im BUKO selbst keine breiteren Kreise mobilisieren konnte. Das lag auch an der theoretischen Orientierung der Debatte, aggressive Pressearbeit und Aktionen paßten später nicht mehr in die Strategie der KritikerInnen. Viele Veröffentlichungen waren kompliziert und erreichten daher keine größeren Kreise.⁴³ Schon die Titel des mit dem Thema beschäftigten Arbeitskreises ("Schwertfisch") und des von ihnen herausgegebenen Buches dazu ("Zeitgeist mit Gräten") trugen nicht gerade zur Verbreitung der Inhalte bei. Dabei wären ihre Positionen für die Umweltbewegung wichtig gewesen und hätten viele Etablierungs- und Anpassungsprozesse in der Mitte der 90er Jahre verhindern können, die jetzt Gegenstand dieses Buches sind.

Die aktuelle Realität des BUKO entspricht nicht mehr den Ideen der GründerInnen. Die Bürostrukturen sind sehr dominant geworden, die Basisdemokratie existiert nur noch im kleineren Kreis auf dem Kongressen. In den dortigen Debatten wird Unsicherheit deutlich, wer eigentlich noch auf welcher Ebene dabei ist.

Das bessere Müllkonzept

Das bessere Müllkonzept mit der wenig einprägsamen Abkürzung D.B.M.K. ist ein typisches Beispiel für ein thematisches Netzwerk. Im Laufe der Arbeit an Abfallfragen sind immer mehr lokale Gruppen entstanden. Sie bauten Vernetzungen auf, aus denen schließlich das bessere Müllkonzept entstand.⁴⁴ Seinen Höhepunkt hat dieser Verband aber hinter sich. Der lag in der Durchführung eines landesweiten Volksentscheids in Bayern, bei der die AktivistInnen einen eigenen Vorschlag vorgelegt hatten, der trotz massiver Gegenwehr der Mächtigen in Land und Kommunen nur ganz knapp die Mehrheit verfehlte. Immerhin kann sich das bessere Müllkonzept zwei unbestreitbare Erfolge zuguteschreiben: Die CSU konnte die

AbfallgegnerInnen nur niederhalten mit einem eigenen Vorschlag, der auch schon eine Verbesserung darstellte. Und zum zweiten, viel bedeutender, gab das Referendum um das Müllkonzept der Diskussion um die direkte Demokratie einen gewaltigen Aufschub. Viele engagierte Personen dieser ersten Abstimmung unterstützten mit ihrem Know-How die folgende Volksabstimmung in Bayern. Es ging es um die Einführung kommunaler Bürgerentscheide – und diesmal verloren die Mächtigen gegen die BürgerInnen.⁴⁵ Dem besseren Müllkonzept selbst nützte das aber weniger. Nach dem Höhenflug mit vielen weiteren Gründungen von Landesverbänden und örtlichen Gruppen flaute das Interesse ab. Mitte der 90er Jahre spaltete sich der Bundesverband nach einem Streit, so daß eine flächendeckende Vertretung nicht mehr existiert. Dennoch bleibt das bessere Müllkonzept aktiv, wenn es auch nur noch lokale oder Einzelaktionen sind.

Bundesverband Studentische Ökologiearbeit (BSÖ)

Dieser Verbund existiert erst einige Jahre. Seine Struktur ähnelt einigen der etablierten Verbänden wie dem BBU, d.h. es gibt eine formale Struktur auf Bundesebene, aber keine Untergliederungen. Hierarchien können sich somit nur begrenzt entwickeln. Mitglieder sind Ökoreferate in ASTen der Unis und Fachhochschulen, studentische Gruppen sowie einige weitere Initiativen und Einrichtungen. Ein Schwerpunkt liegt auf dem fachlichen Austausch bzw. der studentischen Lobbyarbeit z.B. gegenüber StudentInnenwerken (Öko-Essen in Mensa, Baubiologie und Energieversorgung bei StudentInnenwohnheimen). In der letzten Zeit macht sich die allgemeine Umorientierung der Umweltbewegung hin zu harmonie- und dialogorientierten Positionen und Strategien auch in der BSÖ bemerkbar: Auf der Tagesordnung stehen Moderationen, Mediationen, Zukunftswerkstätten und das Thema "Agenda". Der Widerspruch zu den Resten direkter Aktionen (z.B. Teilnahme an Anti-AKW-Aktionen) wird kaum wahrgenommen, weil auch in der BSÖ nur noch selten über politischen Positionen und Strategien diskutiert wird.

Zweimal jährlich findet das Bundes-Ökologie-Treffen als Austauschebene statt, zudem gibt es viele Seminare und regelmäßig das Hochschul-Umweltinfos als schriftliches Vernetzungsorgan. Der Haushalt ist eher bescheiden und bewegt sich bei Einnahmen und Ausgaben zwischen 20.000 und 30.000 DM. Den größten Teil der Einnahmen machen die Mitgliedsbeiträge aus.

Netzwerk Zukunft

Ein sehr dubioses Netzwerk ist in den letzten Jahren aus verschiedenen regionalen Gruppen, im Netzwerk als Knotenpunkte bezeichnet, entstanden. Eine inhaltliche, gemeinsame Linie ist nur schwer erkennbar. In der eigenen Zeitung sowie aus den Vorstellungen der Knotenpunkte in der Selbstdarstellungsbroschüre läßt sich allerdings eine Richtung erahnen, die technisch-spirituelle Formen hat. Offenbar soll eine moderne Öko-Esoterik begründet werden, die Fragen der Herrschaftsstrukturen ausblendet. So werden z.B. Expo und Agenda-Arbeit usw. nicht nur kritiklos mitgetragen, sondern um zusätzliche spirituelle Aspekte ergänzt.

Im Original: Auszüge aus den Selbstdarstellungen der Knotenpunkte

Freiburg: ... Neue Lebenskultur und Agenda 21 ... innere lokale Agenda (Erforschung und Entwicklung des menschlichen Potentials)

Hannover: ... Im Jahr 2000 wird in Hannover die Expo 2000 als universale Weltausstellung stattfinden. Unter dem Motto "Mensch, Natur, Technik" sollen Ansätze präsentiert werden, wie die Zukunftsaufgaben der kommenden Generationen gelöst werden können. Die Agenda 21 der UN-Konferenz in Rio de Janeiro im Jahr 1992 bildet den Orientierungsrahmen dafür. ... Der Knoten Hannover koordiniert Stellungnahmen und Anregungen aus den Netzwerk Zukunft e.V. zu diesem Expo-Konzept.

Magdeburg: ... Oliver Wendenkamp, c/o BUND Sachsen-Anhalt ... Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts. ... Für 1997 ist geplant, ein Netz von Agenda 21 Gemeinden über Sachsen-Anhalt gelegt zu haben. ... Kinder-Zukunftswerkstätten ... Die "neue" Naturerfahrung ... Ab Sommer (...) werden vom Netzwerkknoten Magdeburg und dem BUND in Kooperation mit mehreren Schulen "Kreativ- und Phantasiezellen" etabliert, in denen die Möglichkeiten geschaffen werden sollen "Mit den Problemen zu spielen".

Auszüge aus der Zeitung "Zukünfte" (Ausgabe Sommer 1997), die zusammen mit dem Forum Umwelt&Entwicklung (!) herausgegeben wurde

Umweltbewußte Verbraucher können helfen, Haushaltsmüll zu reduzieren, in dem sie beim Einkauf möglichst nach sparsam verpackten Produkten greifen. ... (danaben das Foto einer Frau mit Einkaufskorb, S. 20)

Untergangspropheten und Müsli-Apostel gelten eher als skurrile Randerscheinungen unserer Gesellschaft denn als Vorbilder für umweltgerechtes Verhalten. ... Wer partout sein schnelles Auto liebt, wer (wie ich selbst) das Kochen haßt und deshalb auf Fertiggerichte zurückgreift, wer Fernreisen über alles schätzt oder wer ohne neue "Klamotten" keine Modesaison zu überleben glaubt, der soll sich nicht voller Selbstmitleid in die Askese begeben, sondern sich bewußt und souverän für die eigene Schwäche entscheiden. (S. 44)

future management: Ein neuer Service ... 12 Thesen zum nachhaltigen Wirtschaften ... fokus: ... UnternehmensGrün ... future e.V. ... B.A.U.M. ... Forschungsprojekte, z.B. Daimler-Benz ... Globales Management, z.B. Hoechst ... (S. 57-60)

Lebensgemeinschaften als Zukunftsgestaltung ... von Leila Dregger (S. 67)

Expo 2000: Wenn alles sich so entwickelt wie es zur Zeit angedacht und vorverhandelt wird, könnten sich im Jahr 2000 auf der Hannoveraner Expo 2000 einige Durchbrüche ereignen:

– Während der EXPO 2000 wird ein vieltägiges und vieldimensionales Forum (ein Weltkongreß) der Zukunftsforscher der Welt organisiert werden, in dem sich diese im Zwischenraum zwischen einerseits wünschenswerten und möglichen & gestaltbaren Zukünften und andererseits den eher im Trend liegenden Zukünften bewegen können, in dem aber auch Utopien, Science Fiction oder Technological Forecasting, etc. zu ihrem Recht kommen werden;

– Die Deutschen haben die Möglichkeit, im Rahmen einer wahrhaft völkergemeinschaftsverträglichen, ja sogar völkergemeinwohl-orientierten Orientierung wichtige Beiträge zur Entwicklung Europas zu leisten, wobei sicherlich wissenschaftlich-technologische, ökologische, industrielle und kulturelle Beiträge im Vordergrund stehen werden. (S. 81)

Bemerkenswert ist die Mischung der Knotenpunkte und der MacherInnen im Netzwerk. Im Vorstand sitzt unter anderem Erhard O. Müller, der auch die entscheidende Person der Redaktion von "Zukünfte" ist. Er hatte 1997 als Funktionär des Hauses der Demokratie (Berlin) die Einstellung der ZEGG-Öffentlichkeitsreferentin Leila Dregger betrieben und dieses Beschäftigungsverhältnisses gegen Kritik von außen verteidigt. Dieselbe Leila Dregger tritt als Autorin in der von Müller verantworteten "Zukünfte" tritt. Auch andere dubiose Organisationen wirken mit, z.B. steht als Knotenpunkt in Darmstadt Martin Kalinowski, der in seinem Buch "Alternative Berufsfindung"⁴⁶ einige Male Bezug nimmt auf den rechten Ökologen und ehemaligen geistigen Führer der rechten, spirituellen Ökologie, Rudolf

Bahro (Ende 1997 gestorben). Gleichzeitig finden sich als Knotenpunkte seriöse bis linke Leute und Einrichtungen, z.B. für Bonn Adrian Reinert von der Stiftung Mitarbeit und für Kassel Rolf Schwendter, bekannter linker Soziologe.⁴⁷ Der BUND-Funktionär Oliver Wendenkamp sitzt im Vorstand des Netzwerkes, ebenso VertreterInnen von "Planning for real" oder "Zukunftskonferenzen".¹⁹⁴ Im Beirat von "future management" finden sich der ehemalige hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger und der Drahtzieher von B.A.U.M., Maximilian Gege. Eine der Zentralen des Netzwerkes und Kontaktadresse für die "Zukünfte" ist das Sekretariat für Zukunftsforschung in Gelsenkirchen, das mit mehreren 100.000 DM vom Land Nordrhein-Westfalen finanziert wird. Kooperationen bestehen mit dem von allen wichtigen Umwelt- und Entwicklungsverbänden getragenen Forum Umwelt & Entwicklung.

Die Liste der auf bestimmte Themen beschränkten Vernetzungen ist fast unendlich lang. Einige weitere Beispiele: Bundesvereinigung der FluglärmgegnerInnen, Bundesvereinigung der TierbefreierInnen, Widerstandsnetz, Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA), Total Tote Dose/SchülerInnenaktion Umwelt, Mobil ohne Auto, Pestizid-Aktionsnetzwerk, Dachverband kritischer Aktionäre und Aktivistinnen sowie Siemensboykott.

Quellen zu 3.4

- 1 So gibt es in der Anti-Atom-Bewegung zwar nur informelle Zusammenhänge (Konferenzen, Delegiertentreffen, Zeitungen und Rundbriefe), über diese kommt es aber zu gemeinsamen Aktionen, z.B. gegen CASTOR-Transporte. Eine Handlungsfähigkeit ist gegeben. Andere Netzwerke wie das Gen-ethische Netzwerk legen ihren Schwerpunkt auf den Austausch von Informationen, um so den konkreten Aktionsgruppen zu helfen.
- 2 Siehe Selbstdarstellungen und mündliche Mitteilungen. In der Anfangsphase des BBU, gleichzeitig seine Hochphase, ist der BBU stärker als Verband und im Namen der Basisgruppen aufgetreten.
- 3 Im Jahr 1997 war es im BBU nicht möglich, eine Genfelddbesetzung öffentlich zu unterstützen aus Angst vor Entzug der Gemeinnützigkeit oder anderer Unterstützungen.
- 4 Mündliche Mitteilungen ehemaliger BBU-Vorstandsmitglieder.
- 5 Hinzu kam die Umorientierung des BBU hin zu einem Lobbyverband. Gremienarbeit wurde bevorzugt, Aktionen in der Öffentlichkeit gab es kaum noch.
- 6 Diskussionen liefen im BBU-Infodienst ab.
- 7 Ausgabe März 1997, S. 16. Eduard Bernhard und die Geschäftsstelle kannten nach eigener Darstellung die "Junge Freiheit" nicht, obwohl die Diskussion gerade um dieses Blatt wenige Jahre zuvor in vielen politischen Organisationen gelaufen war.
- 8 Eine Auswertung der Rechnungsabschlüsse 1995 bis 1997 ergibt, daß der BBU zur Zeit auf dem bestehenden Schuldenniveau stagniert, d.h. er schafft keine Senkung der Schulden, obwohl er weder seinen ehrenamtlichen MitarbeiterInnen Kosten ersetzt noch große Aktionen durchführt.
- 9 1997/98 gab es im BBU Bestrebungen, den BBU zu einer Koordinationsstelle und politischen Speerspitze mit einer offenen Basis zu machen, statt sich auf die wenigen verbliebenen und oft überalterten Basisgruppen zu konzentrieren. Dieses Ansinnen war aber im Vorstand nie mehrheitsfähig.
- 10 Die Mehrheit der an den Vorstandssitzungen teilnehmenden Personen hat Parteibücher von SPD oder Grünen.
- 11 BBU-FunktionärInnen sitzen in DIN-/Normungsausschüssen, im Umweltgutachterausschuß sowie im Hauptausschuß und in Arbeitskreisen der AGU. Alle Gremien sind für die konkrete Umweltschutzarbeit unwichtig, da sie ausschließlich Detailfragen diskutieren, die eigentlichen politischen Entscheidungen aber andernorts fallen.
- 12 Von Frühjahr 1996 bis Ende 1997 erschien kein "Infodienst", d.h. einen Informationsfluß zur Basis gab es nicht.
- 13 Seit Mai 1997 saß wieder ein parteiloses Mitglied im geschäftsführenden Vorstand, konnte sich mit radikaleren Ansichten zum politischen Stil des BBU aber nicht durchsetzen. Im Gegenteil: In einer Pressemitteilung vom 24.2.1998 bezeichnete der BBU gerade Joschka Fischers Politik als besonders glaubwürdig für die Grünen.
- 14 Schrift "10 Jahre BUND Kreisverband Hersfeld-Rotenburg" und mündliche Mitteilungen.
- 15 Selbstdarstellungsschriften "Grüne Liga" (von 1991), "Die Menschen und ihre Themen", "Grundsätze" und andere. Die Woche vom 13.12.1996.
- 16 Schrift "Grundsätze", S. 3.

- 17 Gesellschaft für Natur und Umwelt, das war die staatliche Organisation innerhalb des Kulturbundes der DDR mit immerhin ca. 60.000 Mitglieder.
- 18 Das liegt wesentlich in den beiden Führungspersonen der letzten Jahre, Klaus Schlüter und (seit wenigen Jahren) Leif Miller, begründet, die die Lobbyarbeit vorantrieben und auch selbst Gremienposten anstrebten (z.B. im DNR-Präsidium).
- 19 Nach mündlichen Schilderungen kam es zu gegensätzlichen Redebeiträgen von BUND-Funktionären und Armin Torbecke, damals in der noch radikalen Jugendumweltbewegung aktiv.
- 20 Unter anderem ist die Grüne Liga bei der Expo-Korrespondenzregion Sachsen-Anhalt und dem Agendahaus Dresden dabei.
- 21 Dregger war Chefredakteurin des ZEGG-Magazin und ist die häufigste Schreiberin über das ZEGG in esoterischen und Anders-leben-Zeitungen. Sie ist besonders bemüht, ZEGG-Gedankengut in Umweltschutzveröffentlichungen einzubringen. Bei den Einstellungsgesprächen im Haus der Demokratie verschwieg sie ihre Herkunft.
- 22 Nähere Beschreibungen der Projekte im Kap. 3.8. Bahro ist Ende 1997 gestorben.
- 23 Viele Grüne-Liga-FunktionärInnen hatten Angst um ihr Image und versuchten deshalb, den Vorgang zu vertuschen. Die Person, die die Unterwanderung aufgedeckt hatte, wurde vom Grüne-Liga-Chef Leif Miller in einem Mail an Grüne-Liga-Stellen sogar dafür kritisiert.
- 23 Eine Anfrage zur Kooperation z.B. beim Basisgruppen-Infodienst "Ö-Punkte" lehnte die LBU-Geschäftsstelle im Sommer 1997 pauschal mit Hinweis auf die vielen Verpflichtungen in den staatlichen Gremien ab.
- 24 Mündliche Aussage des AK-Energie-Sprechers Fred Just im Sommer 1997.
- 25 Redaktion Atom-Express, 1997, "Und auch nicht anderswo", Verlag Die Werkstatt, Göttingen.
- 26 Gerade in den ersten Jahren stellten rechte Verbände wie der WSL sogar ein wesentliches Rückgrat der Proteste. Noch heute sind Personen wie der Ex-WSL-Präsident Max O. Bruker in alten BIs hoch angesehen.
- 27 In vielen Ländern sowie durch den Bundesverband wiederholen sich sogar öffentliche Distanzierungen von Widerstandsgruppen, wenn diese z.B. den legalen Rahmen verlassen.
- 28 Aktuell ist die Mitarbeit an der Agenda 21 sehr beliebt. Im Öko-Institut ist die Koordinationsstelle der Energiewendearbeit gleichzeitig auch für die Agenda-Beratung zuständig.
- 29 Das gilt auch für Strömungen, die sich in der Zeit der Flaute der Anti-Atom-Bewegung anderen Themen zugewendet hatten (Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre, Asyldebatte Anfang der 90er Jahre), z.B. gewaltfreie Aktionsgruppen.
- 30 Eine kontroverse Debatte um "X-tausendmal quer" fand sich in fast allen einschlägigen Zeitschriften, u.a. in der anti atom aktuell von April bis Juni 1997. Weitere Quellen: Flugblätter zur Aktion, interne Rundbriefe der Aktion. Einseitig lobende Darstellungen finden sich in der Graswurzelrevolution, in der Kritik verschwiegen wurde.
- 31 Mündliche Mitteilungen aus der Umweltwerkstatt Verden.
- 32 Der Vollständigkeit halber sei hinzugefügt, daß Ausgrenzungen auch von gewaltbereiten Gruppen ausgingen, wenn auch niemals in derart umfassend organisierter Form. Nach mündlichen Mitteilungen wurde in autonomen Gruppen während der "X-tausendmal quer"-Blockade sogar überlegt, diese gewaltsam zu beenden. Die BefürworterInnen dieser Idee konnten sich allerdings nicht durchsetzen.
- 33 Bei den folgenden Vorstandswahlen entschied sich die BI bewußt, neue VorständlerInnen zu wählen, die den Streit nicht weiterführen wollten, um eine Eskalation zu verhindern (mündliche Mitteilung der BI-Vorsitzenden).
- 34 Auf dem Delegiertentreffen im September 1997, kurz nach Erscheinen des zweiten "X-tausendmal quer"-Flugblattes, zeigten sich BI-Vertreter sehr überrascht über die wütende Reaktion vieler autonomer Anti-Atom-Gruppen.
- 35 Allerdings geschieht auch das Gegenteil: Viel Verwirrung stiftete die Kritik von Michael Sailer aus dem Öko-Institut in Freiburg an den Castor-Protesten, die er ausgerechnet vor einem der Castor-Transporte öffentlich machte. Gerade das Öko-Institut steht insgesamt in einem Wandel raus aus der Umweltbewegung. Neben dem Öko-Institut sind vor allem das Umweltinstitut München und die Gruppe Ökologie in Hannover zu nennen.
- 36 So war es zu lesen auf einer Ausstellung des BUND während der Delegiertenversammlung 1997.
- 37 Durch die mangelnde Verknüpfung wurden etliche Chancen vertan, z.B. bei den Greenpeace-Aktivitäten vor der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague, die sehr gut mit lokalen Aktionen vor den betroffenen AKW-Standorten hätte verbunden werden können. Dazu hätte aber Greenpeace vernetzungsorientiert handeln müssen – und das kann der auf eigene Aktionen fixierte "Umweltkonzern" einfach nicht.
- 38 Intensive Diskussionen dazu auf den Delegiertentreffen 1997 und in der anti atom aktuell.
- 39 Position gewaltfreier Aktionsgruppen auf dem Anti-AKW-Camp 1997 in der Nähe von Biblis.
- 40 Direkte Aktion und Widerstandsarbeit ist eines der wenigen Felder im Umweltschutz, in dem die Aktivität zunimmt. Auch das geht von autonomen und unabhängigen Gruppen oder Einrichtungen aus, während die etablierten Umweltverbände die Zeit verschlafen.
- 41 Während der Präsentation der Studie besetzen BUKO-Frauen die Bühne und hielten eine kritische Rede.
- 42 Zudem stehen die KritikerInnen zum Teil in merkwürdigen Widersprüchen. So arbeitet eine Person selbst hauptamtlich in der lokalen Agendaarbeit in Bremen, in der Zeitschrift "alaska" wurde Werbung für das Modellprojekt für ein zukunftsfähiges Niedersachsen, das Ökozentrum Verden, gemacht, ein Gegentext anschließend nicht abgedruckt.
- 43 Vorher war ein Teil der Gruppen im BBU organisiert, der auch die Gründungsphase des Verbandes unterstützte.
- 44 Die Initiative "Mehr Demokratie" baute zu Beginn stark auf die vorhandenen Müllkonzent-Basisgruppen auf.
- 45 Harms-Verlag, Kiel, 1997.
- 46 Auf ein Schreiben, in dem sie auf die Verstrickungen des Netzwerk Zukunft hingewiesen werden, antworteten beide nicht. Das Netzwerk Zukunft ist zudem das offizielle Agendabüro des Landes Sachsen-Anhalt.
- 47 Die VertreterInnen dieser Methoden treten auch auf Tagungen zur Bürgerbeteiligung regelmäßig auf.